

Krakauer Zeitung.

Samstag den 22. April

1865.

Nr. 92.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierjährige Petition 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Einrichtung 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrt. — Insert-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. April d. J. den Fregattencapitänen Joseph Saccaria und Carl Kronowetter die Bewilligung allernächst zu ertheilen geruht, den ihnen verliehenen königlich preußischen Kronen-Orden zweiter Classe mit den Schwertern anzunehmen und tragen zu dürfen.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. April d. J. zum Domherrn an dem Gurker Domcapitel den Ehrendomherrn von Laxton, geistlichen Rat, Pfarrer und Commendator zu Nechberg, Andreas Rappottnig, allernächst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. April d. J. den Universitäts-Professor Dr. Hermann Bidermann zu Innsbruck zum Ordinarius der Universität vorstellt für die Nominalfächer der politischen Ökonomie und der Statistik allernächst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat einverständlich mit den anderen befreitigten Ministerien den Herrn: Edmund Grafen Bisch, Joseph v. Urményi, Melchior v. Löwy, Stephan Mano, Rudolph Fuchs, C. Ullmann, Paul v. Somisch, Grafen Julius Andrássy, Friedrich Koppely, Joseph v. Hajos, Jakob Kern, Michael Dumba, Georg Mach, Heinrich Léonay, Lorenz Tóth, Friedrich Weisz, Alexander Julius Schindler, Friedrich Schey und J. H. Siamey & Gomv. die Bewilligung zur Errichtung einer Rückversicherungsgesellschaft in Wien unter dem Namen „Securitas“ ertheilt und die Gesellschaftstaten genehmigt.

Richtamtlicher Theil.

Krakau, 22. April.

Das Votum, welches der Bundestagsgesandte der 12. Curie Namens der großherzoglich-sächsischen Staatsregierung in der Bundestagsitzung vom 6. April bei der Abstimmung über den sächsisch-bayerischen Antrag abgegeben hat, lautet nach der „Weim.“ wie folgt:

Die möglichst schleunige Erledigung der Erbsolgefrage in den Herzogthümern erhebt der großherzogliche Staatsregierung als ein dringendes Gebot eben sowohl derjenigen Rücksichten, welche die Herzogthümer selbst in Anspruch nehmen dürfen, als derjenigen Rücksichten, welche die Wahrung deutschen Rechts erfordert. Ist es der Bundesversammlung bisher nicht möglich gemacht worden, auf dem Grunde eines Ausschussesberichts über die verschiedenen hierbei in Betracht kommenden Rechtsansprüche in den Gränzen ihrer Kompetenz einen Ausspruch zu thun, so mag dies befürchtet werden. Aber die großherzogliche Staatsregierung hat nicht geglaubt, sich deshalb ihrer Pflicht der eigenen selbstständigen Prüfung dieser Ansprüche entzagen zu dürfen. Sie hat in dessen Folge die rechtliche Überzeugung gewonnen, daß zur Zeit und so lange nicht bessere Rechte nachgewiesen werden, die Regierungsnachfolge in den Herzogthümern Holstein und Schleswig dem herzoglichen Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und in diesem dem Erbprinzen Friedrich zustehe. Sie erachtet es daher um so mehr gerechtfertigt, wenn dem Erbprinzen Friedrich mit Vorbehalt besserer Rechte Dritter die Regierung der gedachten Herzogthümer übergeben wird, als dies mit der bisher laut gewordenen rechtlichen Überzeugung der letzteren übereinstimmt, der im Eingang gedachten Rücksichten auf solche Weise möglichst entsprochen, endlich nur hiervon durch die bündesverfassungsmäßige Erledigung der bereits angemeldeten oder etwa noch anzumeldenden Successions-Ansprüche möglich gemacht wird. Die Hoffnung, daß ein Vorschreiten der deutschen Großmächte in der angekündigten Richtung den vorhandenen schweren Conflict in glücklicher Weise lösen werde, erachtet die großherzogliche Staatsregierung aber allerdings nur in der Erwartung für wohlbestimmt, daß die Rücksichten auf das formelle Recht nicht über die Rücksichten auf das materielle Bedürfnis gestellt werden, und daß in dessen Folge Preußen in den mehr erwähnten Herzogthümern, soweit überhaupt nötig unter Zustimmung des Bundes, Rechte eingeräumt werden, welche ihm zufallenden Pflichten gegen diese Länder, sowie den wohlverstandenen Interessen der letzteren und Deutschlands entsprechen. Indem die großherzogliche Staatsregierung schließlich, was das Herzogthum Lauenburg betreffe, auf die von ihr bereits angemeldeten eigenen Ansprüche verzweigt und dieselben hierdurch ausdrücklich wahrt, stimmt dieselbe in Erwagung der obgedachten Gründe und mit Bezug auf die ausgesprochene Erwartung dem gestellten Antrage bei.

Wie gemeldet, hat Preußen dagegen nichts einzubringen, daß auch Österreich seine Schiffe in Kiel Station nehmen lasse. Bekanntlich handelt es sich aber nicht darum, sondern daß die Berliner Regierung aus Kiel eine „preußische Station“ machen und dort Befestigungsbauten vornehmen lassen will. Österreich wird sich daher nicht darauf befranken dürfen, seine Schiffe nach Kiel zu senden, sondern es wird auch dem Vorgehen Preußens entgegentreten müssen, falls dieses nicht nachgibt. Dazu scheint aber wenig Aussicht vorhanden zu sein, da in Ber-

lin immer mehr diejenige Partei die Oberhand gewinnt, welche ein rücksichtloses Vorgehen anempfiehlt. Dies zeigt sich auch in der Frage wegen Einberufung der Stände. Österreich befürwortet diese Einberufung, dagegen will man in Berlin davon nichts wissen, weil man sich darüber nicht täuschen kann, daß sich der Landtag gegen die Einverleibung in Preußen aussprechen wird, eben so wenig finden die Vorstellungen Österreichs wegen Beschränkung der beiderleiigen Besatzungsstruppen in den Herzogthümern Gehör in Berlin, wo man viel eher die preußischen Truppen vernehmen möchte, obwohl die gegenwärtig in den Herzogthümern stehenden Truppen fast stärker sind, als die gesammte dänische Armee auf dem Friedensfuße. An einem ersten Conflict glaubt man deswegen nicht. Österreich weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß es aus Gründen der Ehre, des Rechtes und der Politik keine Zustimmung zu den Projecten Preußens nicht zu geben in der Lage ist, und man wird dies endlich auch in Berlin einsehen, und es vorziehen, nachzugeben, statt sich der Möglichkeit auszuzeigen, daß die Herzogthümer zwischen Preußen und Österreich getheilt werden, ein Project, welches zwar noch als letztes Mittel, noch in petto gehalten wird, aber in der That bestehen soll.

Aus dem Umstand, daß die schleswig-holsteinische

Landesregierung den Kieler Magistrat ersucht hat, den

Wünschen der königlichen Marinebehörden möglichst entgegenzukommen, wollte der Beweis hergeleitet werden, daß der kaiserliche Civilcommissär mit dem Rescripte des Freiherrn von Beditz einverstanden ist;

diese Auffassung, schreibt die „C. Ostl. 3.“ beruht

auf einer totalen Unkenntnis der bestehenden Verhältnisse. Es gibt in den Herzogthümern zwei Landesregierungen, eine für Schleswig, die andere für Holstein. Dieselben stehen zu der obersten, aus den beiden Civilcommissären bestehenden Regierung in einem ähnlichen Verhältnisse, wie in Österreich die

Staatsaltereien zu dem Ministerium. Als daher das

Rescript des Freiherrn von Beditz bei der Landesregierung einlangte, konnte die leichtere allerdings glauben, daß Herr von Halbhüber daran einverstanden sei, denn sie mußte von der Ansicht ausgehen, daß

der preußische Civilcommissär nur im Einverständnis mit seinem Collegen eine derartige Verfügung

treffen würde, indem jede Orde, welche nicht von den beiden Civilcommissären gezeichnet ist, als null und

nichtig bezeichnet werden müßt. Als die Landesregierung später zur Kenntnis gelangte, daß das Rescript

wegen Etablierung der preußischen Flottenstation in Kiel nur die Unterschrift des preußischen Civilcommissärs trage, contremandirte sie auch ihre an den

Kieler Magistrat erlassene Weisung.

Die „Nordl. Allgem. Ztg.“ bezweifelt, wie er wähnt, die Wiener Nachricht, nach welcher das österreichische Fremdenlegion wird von einem französischen Be

fehlshaber besonders in Marseille recruiert werden,

um nach dem Abzuge der französischen regulären

Truppen den Staat und das Gebiet zu besetzen. No-

mindest würde sie vom Papst abhängen, wirklich aber

von Frankreich. Die nötigen Fonds dazu würde

Frankreich vorschicken. Wenn der Vorschlag zur

Wahrheit wird, so ist es eine kaum verkappte Media-

tifizierung des päpstlichen Staates, und Frankreich hätte

ein Mittel gefunden, auf ewige Zeiten in Rom zu

bleiben und hier mehr und mehr den Herrn zu spie-

len, auf einen Umstand oder auf einen Papst war-

tend, der sich ihm ganz in die Arme wirft.

Die Montenegriner haben wieder einmal den

Landfrieden gebrochen. Der Commandant der Gränz-

festung Podgorica, Mustapha Pascha, berichtet, daß

die Besetzungen der türkischen Blockhäuser von ein-

zelnen Banden angegriffen wurden. Muschir Ismail

Pascha, Gouverneur von Albanien, soll die in Scu-

tari residirenden Consuln benachrichtigt haben, daß

wenn binnen 10 Tagen die Montenegriner das tür-

Anfragen und Beschwerden angeht, so werden oft in den Blättern wie beiden von den österreichischen Ge- sandten unternommenen Schritte verwechselt. Zuerst handelte es sich um eine mündliche Anfrage wegen des Kriegshafens, worauf eine nicht sehr eingehende Antwort ertheilt wurde. Bald darauf, am 14. wurde jedoch die Depesche wegen der Verlegung der Marinenstation nach Kiel vorgelesen. Die vorläufige Erwiderung soll dahin gegangen sein, daß Österreich ja die maritimen Forderungen Preußens von vornherein zugestanden habe und Österreich seinerseits den Mittelpunkt zum Schutz der Herzogthümer verweisen könnte. Eine etwaige schriftliche Antwort würde voraussichtlich in ähnlichem Stunde gehalten sein. Die (beiden) Canadas für England dreht, nicht ganz aus der „Laissez-faire-Indifferenz“ eines Cabinets besteht. Es gibt ja noch andere Einflüsse, welche die Zukunft dieser Provinzen nicht den blinden Zufällen der Partei-Eiferlungen überlassen wollen, oder den Launen einer interessirten clique, die da nur begeht, die gute Kundschaft von drei oder vier Millionen Seelen für ihre Fabrikate zu behalten. Canada ist britisch in seiner Gefühlen und in seiner Abstammung; aber denkt man ja nicht, es sei mehr britisch als canadisch. Sein Volk fühlt, und fühlt es, daß es am Vorabend einer großen politischen Krisis steht, und es verlangt — ja verlangt (denn es will nicht bitten), daß die Abhängigkeit, die es so gern anbietet, durch Einschaltung anerkannt werde, wenn nötig, durch die ganze Macht und Kraft Britanniens. Mögen die Autoritäten „daheim“ sofort verstehen, daß das, was sie verweigern, Andere bereit sind, zu gewähren, daß, wenn sie unsere materiellen Interessen in einen Krieg mit unseren Gefühlen treiben, das Resultat nicht lange zweifelhaft sein kann.“ So weit die Presse. Daß Agenten der Yankees den Canadiens überall schon auf den Zahn fühlen, ist bekannt. Dollars rechnet es, wenn auch in „Papier“ und Mr. Seward’s Rede über den Fall Richmond beruhigt zwar England vorläufig auch wegen Canadas, hat aber den von dem Telegraphisten vergessenen bemerkenswerthen Beifall: „so lange als Canada die Oberherrschaft der edlen Königin einer freiwilligen Annexion an uns vorzieht.“

Frankreich wird wahrscheinlich abermals eine ostasiatische Expedition in Gemeinschaft mit England unternehmen. Vorläufig will man sich damit begnügen, diplomatisch vorzugehen. Aber man weiß ja, was Verträge mit asiatischen Sultanen bedeuten, wenn sie nicht erst von Pulverdampf geschwärzt werden. Diesmal handelt es sich um den König von Korea.

Der schweizerische Bundesrat hat sich neuerdings mit Modificationen der Instructionen für die Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollverein beschäftigt. Der Bundesrat soll den Vertretern des Zollvereins in Stuttgart den Vorschlag machen, vom 1. Juli an den französisch-schweizerischen Zolltarif gegenüber Deutschland in Kraft treten zu lassen, wenn dieses seinerseits gegenüber der Schweiz den deutsch-französischen Zolltarif in Anwendung bringen will, wobei natürlich die Genehmigung der eidgenössischen Räthe vorbehalten bleibt. Der Bundesrat stützt sich bei diesem Vorschlage auf die Kompetenz seines Handels- und Zolldepartements, Ermächtigungen der Zollansäße provisorisch eintreten lassen zu können.

Der Vertrag zwischen dem Zollverein und England ist nunmehr den Zollvereinstaaten zugeschickt worden.

Das Schlusprotocoll zu dem Vertrage zwischen Österreich und dem Zollvereine, welches am 11. April von den Bevollmächtigten unterzeichnet worden, enthält nähere Bestimmungen zu demselben. 1) In Art. 1 des Vertrages sind die Artikel aufgeführt, bei welchen Verbote der Ein- und Durchfuhr eintreten können. Über die Beschränkungen, denen der gegenseitige Verkehr zur Zeit unterliegt, werden nach Austausch der Ratifikationen Commissarien der Contrahenten verhandeln. 2) Von Österreich werden noch besondere Vergünstigungen vorbehalten: a. in Folge des Vertrages vom 4. Juli 1846 mit dem Königreiche beider Sicilien verbleibt der Zoll von 1 Gulden 89½ kr. für den Zollcentner neapolitanischer und sizilianischer Weine bei der Einführung zur See; b. in Folge des Handelsvertrages mit Sardinien vom 18. October 1851 der Zoll von 1 Gulden 22½ kr. für den Zollcentner gemeiner Weine in Piemont; außerdem besondere Zölle für Vieh und Zollfreiheit für Kastanien, frisches Fleisch und Butter in kleinen Quantitäten. Diese Vergünstigungen beziehen sich nur auf die Einfuhr und Landesgränze des lombardisch-venetianischen Königreiches. 3) Österreich wünscht, daß die auf Staatsverträgen nicht beruhenden Verkehrs erleichterungen für gewisse Gränzstrecken oder für die Bewohner einzelner Gebietetheile, welche auch in dem neuen allgemeinen österreichischen Tarife aufrecht erhalten werden sollten, so wie die Erleichterungen des Verkehrs mit Lebensbedürfnissen der Gränzbewohner, welche es für gewisse Gränzstrecken zulassen sollte, nicht einen Anspruch wegen Ausdehnung derselben auf den ganzen Zollverein begründen möchten. Der Zollverein hat sich dabei die Gegenseitigkeit vorbehalten. 4) Die

Aus London wird geschrieben, daß die Nachricht von der Niederlage der nordamerikanischen Südsöderriten zahlreiche Bankrotte in England nach sich gezogen habe. Das plötzliche Fallen des Goldgeldes in Nordamerika und des Preises der Baumwolle würde dies erklären.

In Canada erheben sich gewichtige Stimmen gegen die nonchalante Stellung, die das Mutterland zur großen Betrübnis der „alten Loyalen“ in der sich dabei die Gegenseitigkeit vorbehalten. 4) Die

Ein Berliner Corr. der „N.P.Z.“ schreibt: Was

die preußischen Erwiderungen auf die österreichischen

Schutz- und Befestigungsfrage eingenommen.

Das in Art. 3, 4, 5, 6 und 7 des Vertrages verabredeten

Bestimmungen finden auch auf den Verkehr über den Bodensee Anwendung. 5) Enthält den Vorbehalt, daß bei Declarationen über Waaren, welche besondere Begünstigungen erfahren, ausdrücklich hervorgehoben wird, daß sie aus „dem freien Verlehe“ des anderen Theiles eingehen. 6) Verständigungen über die Art und Weise der Beibringung von Ursprungsgeschenken derjenigen Waaren, deren Zollbefreiung oder Zollbegünstigung hieron abhängig ist, werden den Verhandlungen der Commissare vorbehalten. 7) Dieselben Verhandlungen werden die Bedingungen und Formlichkeiten feststellen, unter denen die im Art. 6 des Vertrages unter a. und e. gedachten Verkehrs erleichterungen eintreten. Gewisse leitende Gesichtspunkte sind schon jetzt angegeben. Sie betreffen die Annahme nach Gattung und Menge, die Abfertigung, die Zeitfristen, Gewichts-Differenzen &c. Eine Beschränkung der bereits bestehenden Erleichterungen im gegenseitigen Gränzverkehr der Contrahenten ist durch die Verabredungen im Art. 6 nicht beabsichtigt; dies betrifft besonders die Erleichterungen des Gränzverkehrs mit leinenen Garnen und rohen ungebleichten Leinwand. 8) Die im Art. 7 bezeichnete Erleichterung wird durch besondere Umstände bedingt, welche sich auf den Begleitschein, den Verschluß, die Declaration und die Benutzung der öffentlichen Niederlagen beziehen. Das Genauere soll durch die in Art. 23 fortgefechten Verhandlungen bestimmt werden. 9) Das Schlusprotocoll erläutert zu Art. 8 des Vertrages die Zusammenlegung von gegenüberliegenden Gränzzollämtern, ferner die Stellung und Amtsbeauftragungen der auf das Gebiet des andern Theiles verlegten Gränzzollämter. Die am 6. Mai 1857 erlassene österreichische „Gränzpassanten-Dienstinstellung“ bleibt für die auf das Gebiet des Zollvereins verlegten österreichischen Zollämter in Kraft. 10) In Bezug auf Art. 10 des Vertrages und §§. 6, 8, 10, 11, 21 und 22 des Zollcartels werden die Verhandlungen der Zollbeamten zur Verhütung des Schleichhandels unter den besondern obren Zoll- und Steuerbeamten, ferner die Verfolgung der Schleichhändler, das Tragen von Waffen der Zollbeamten im Gebiete des andern Theils, die Kontrolle der Niederlagen, die Einziehung umgangener Gefäße, theils näher bestimmt, theils den commissarischen Verhandlungen überwiesen. 11) Art. 12 des Vertrages bezieht sich nicht auf Kriegsschiffe. Die verabredete Gleichstellung der Schiffe und deren Landungen in den beiderseitigen Seehäfen erstreckt sich nicht: a. auf Prämien, welche für neu erbaute Schiffe ertheilt werden, sofern sie nicht in der Befreiung von Hafen- oder Zollgebühren, oder in der Ermäßigung solcher Gebühren bestehen; b. auf die Privilegien, welche in Österreich vertragsmäßig den türkischen Unterthanen vor den eigenen Zustehen; d. auf die Privilegien des österreichischen Lloyd. 12) In Art. 17 des Vertrages wird die möglichste Erleichterung der Waarenförderung auf Eisenbahnen zugesagt. Die dort getroffenen Bestimmungen erstrecken sich auch auf den Fall, wo eine Umladung durch Verschiedenheit der Bahngleise nötig wird. Im Schlusprotocoll werden die darauf bezüglichen Verhältnisse noch weiter erörtert und über die Postsendungen auf Eisenbahnen Bestimmungen getroffen. 13) Näheres in dieser Beziehung festzustellen, ist den in Art. 23 vorgeesehenen commissarischen Verhandlungen vorbehalten. 14) Art. 18 des Vertrages hatte die Annahme gleichförmiger Grundsätze zur Förderung der Gewerbsamkeit in den beiderseitigen Ländern in Aussicht genommen. Das Schlusprotocoll verbindet damit noch verschiedene Vereinbarungen, nach welchen die Grundsätze der völlig gleichen Besteuerung der Unterthanen des andern Theiles, welche Gewerbe oder Handel treiben, auch in Ansehung der Kunst oder sonstigen Localstatuten, wo solche noch bestehen, zur Anwendung kommen. Vom 1. Januar 1866 ab sollen diejenigen Gewerbetreibenden, welche im Gebiete des andern Theiles Waaren-Einkäufe machen, oder Waarenbestellungen suchen wollen, hierzu abgabenfrei auf Grund von Gewerbelegitimationskarten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimatlandes ausgefertigt sind. Die daraus bezüglichen Verhältnisse werden dann im Schlusprotocoll weiter erörtert. 15) Zu Art. 19 und 20 des Vertrages wird bemerkt, daß unter Consuln alle mit Consulargeschäften Beauftragte zu verstehen sind. Über die Erzeugung der Auslagen und Kosten, welche aus dem Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen entstehen, ist das Weitere vereinbart. 16) In Art. 11 des Vertrages hatten sich die Contrahenten das Recht zugestanden, an ihre Zollstellen Beamte zu senden, um von der Geschäftsbehandlung derselben Kenntnis zu nehmen. Diesen Punct erläutert das Schlusprotocoll ausführlich. 17) Zu Art. 22 des Vertrages. Die einzelnen Landesteile, welche zur Zeit vom beiderseitigen Zollgebiete ausgeschlossen sind und in denen deshalb für die Dauer des Abschlusses die Verabredungen unter 3 bis 10 des gegenwärtigen Schlusprotocolls keine Anwendung finden, sind I. in Österreich: 1) die Handelsstadt Brody in Galizien; 2) die Freihäfen Triest, Benedig, Fiume (mit dem Lazaretto Martinischizza), Buccari, Porto-Italia, Zengg und Carlopago, alle diese Seehäfen mit den dazu gehörigen zollfreien Umkreisen; 3) die Markgrafschaft Istrien mit den guarnerischen Inseln; 4) das Königreich Dalmatien; 5) die Gemeinde Jungholz in Tirol. II. im Zollverein: a. in Preußen: die Ortschaften Drenckow, Porep und Succow im Regierungsbezirk Potsdam, die Rittergüter und Dörfer Zettewitz, Duckow &c. im Regierungsbezirk Stettin; b. in Hannover: der Hafenort Geestemünde, die Elbinseln Altenwerder &c., ferner die Voigtei Kirchwerder und ein Theil der Dorfschaft Aumund, Amts Blumenthal; c. in Baden: im Seekreise die Insel Reichenau, die Paradieser- und Kreuzlinger-Borstadt; d. in Oldenburg: der Hafenort

Brake. 18) Zu Art. 23 des Vertrages. Man ist darüber einverstanden, daß die im Artikel 23 vorgeesehenen Verhandlungen in Wien stattfinden sollen. 19) Die Bevollmächtigten sind in Bezug auf Art. 27 des Vertrages übereingekommen, daß das Schlusprotocoll mit dem Vertrage den Contrahenten vorgelegt werden soll. Im Falle der Ratification des letzteren soll auch das erstere ohne weitere Ratification als genehmigt angesehen werden.

Krakau, 22. April.

Aus einem von München geschriebenen Brief einer glaubwürdigen Person erfährt der Wiener „Gaz.“, daß die Berichte der Blätter über das Verfahren mit polnischen Emigranten auf bayerischem Territorium, insoweit den Anteil der Bevölkerung und Regierung betreffen, bedeutend zu Ungunsten Bayerns übertrieben waren. Über 150 Polen haben in Bayern Unterkunft, Obhürfe, Unterstützung und Beschaffung gefunden. Das seit Abfördnung der Internirten über Bayern zur Schweizer Gränze in München gebildete Unterstützungs- und Versorgungs-Comité erwähnt. In Bezug der gleichfalls zu beobachtenden Temesvarer Diöcese wurde deswegen keine Wahl vorgenommen, weil dem kais. Commissär von Seite des romanischen Metropolen inzwischen ein Protest dagegen zugegangen war, auf Grund dessen die Synode den Vorschlag des kais. Commissärs, einstweilen in Temesvar den Administrator zu belassen, sich angezeigt hat.

Aus Prag meldet ein Telegramm des „Fremdenblatt“: In dem gegen das Journal „Sloboda“ anhängigen Prozeß wurde der Redakteur Herr Rank des Verbrechens der Ruhestörung schuldig erkannt und zu 6 Monaten schwerer Kerker und 900 fl. Cautionsverlust verurtheilt. Die Ausgleichsverhandlung des Herrn Brosche ist auf den 27. April festgestellt. Gelingt der Ausgleich zu 50 Prozent, so werden nach 4 Wochen 10 ausbezahlt. Die weiteren 40 Prozent in 4 Jahresraten, zahlbar am 1. Juni jeden folgenden Jahres. Frau Brosche übernimmt die Mithaftung.

Die Synode in Karlowitz hat zum Karlsäder griechisch-orientalischen Bischof den bisherigen Administrator der Diöcese, den Archimandriten Nicolajevic erwählt. In Bezug der gleichfalls zu beobachtenden Temesvarer Diöcese wurde deswegen keine Wahl vorgenommen, weil dem kais. Commissär von Seite des romanischen Metropolen inzwischen ein Protest dagegen zugegangen war, auf Grund dessen die Synode

den Vorschlag des kais. Commissärs, einstweilen in Temesvar den Administrator zu belassen, sich angezeigt hat.

Deutschland.

Dem k. k. Hauptmann im Generalstabe Ritter v. Wieser, gegenwärtig beim Obercommando in den Elbe-Herzogthümern, und dem preußischen Premier-Lieutenant v. Prittwitz-Gaffron von der Gardeartillerie ist von der Stadt Wyk auf der Insel Föhr für ihre Theilnahme an der Befreiung der westfriesischen Inseln das Ehrenbürgerrecht verliehen worden.

Auf die Einladung des Prof. Dr. Weinhold in Kiel vom 21. Jänner d. S., in einem Gedicht den „Dank Schleswig-Holsteins an Österreich und Preußen“ zu feiern, sind 390 Gedichte eingegangen; den Preis (100 Thlr.) errang Rudolph Gottschall.

Der Leipziger Schriftsteller-Verein beabsichtigt in Verbindung mit dem Dresdner literarischen Verein in der zweiten Woche des kommenden Monats eine allgemeine deutsche Schriftsteller-Versammlung nach Leipzig zu berufen um die Gründung eines allgemeinen deutschen Schriftsteller-Vereins zu beantragen und eine gemeinsame Thätigkeit zur Wahrung der schriftstellerischen Interessen und Rechte, insbesondere zum Schutz des geistigen Eigenthums, hervorzurufen. Zunächst verlautet, daß Stuttgart nicht nur Vertreter auf diesen Congress schicken sondern selbst an die Bildung eines engeren, localen Schriftsteller-Vereins, nach dem Vorbilde des Leipziger und des Dresden, gehen wird.

Aus Berlin, 20. d., wird gemeldet: Se. Maj. der Kaiser von Russland traf heute Mittag in Beuthen mit einem österr. Paß; dessen Onkel ist k. k. Artillerie-Oberst; 12. Michael Kolodziej aus Krakau; 13. Joz. Korbiel aus Krzeszowice; 14. Joz. Salapat aus Idzbein (Bez. Kalwaria); 15. Lorenz Bartylewicz aus Szczecibzka; 16. Blasius Cepuch aus Groß-Bronowice bei Krakau; 17. Carl Stoer aus Grzybowice bei Lemberg; 18. Peter Zuszczyk aus Chrzanow; 19. Sebastian Wilczyński aus Kulbuszowa (Tarnower Kreis); 20. Johann Schindler aus Dąbrowa; 21. Valentyn Banowski aus Drohini, (Bez. Dobczyce); 22. Thomas Mandek aus Mała (Bez. Krzeszowice); 23. Andreas Biela aus Krakau (Sulkowice); 24. Bartholomäus Gein aus Krzeszowice; 25. Kazimir Majka aus Jaworze (Krakauer Kreis); 26. Martin Swirłl aus Idzbein; 27. Franz Zabka aus Komorow (Bialer Bez.); 28. Joz. Jamrosz aus Szczecibzka; 29. Joseph Kolodziejczuk; 30. Thomas Kolodziejczuk, beide aus Krakau, (in Welsko); 31. Anton Cyganiewicz aus Krakau; 32. Stanislaus Nikel aus Przeworsk; 33. Jakob Sordyga aus Kamien, (Bez. Nisko); 34. Joz. Zwierzyniecki aus Krakau. Anfang März wurden aus Jaroslaw drei Insurgenten, die ihre Strafzeit überstanden, in unbekannter Richtung transportiert; sie heißen: László (Caslaus) Erdély, aus Ungarn gebürtig, Adalbert Warhol aus Krakau und Adam Janowski aus Kenty. Der Gefundheitszustand der oben genannten Häftlinge war bis Abgang des Briefes (16. März) befriedigend und alle sehnten sich sehr in die Heimath zurückzukehren. Der Correspondent der „Gaz. nar.“ macht darauf aufmerksam, daß diejenigen Personen, die mit diesen Inquisitoren in Briefwechsel stehen wollen, jeden aufreizenden Gegenstand meiden, da jeder Brief eine strenge Censur passirt und im Falle er etwas Verdächtiges enthält, an den Adressaten nicht gelangt. Auch wäre es gut die Briefe deutsch zu schreiben, weil diese eher an ihre Adresse gelangen. Die Adressen dagegen soll in russischer oder französischer Sprache lauten.

—DIE—

Österreichische Monarchie.

Wien, 20. April. Se. k. k. Apostolische Mandat haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

In wenigen Tagen soll Ihre k. Hoheit die Frau Erzherzogin Mathilde, welche sich des besten Wohlseins erfreut, von Benedig wieder in Wien ankommen. Laut eines Erlasses des k. k. Staatsministeriums meldet das „Fremdenblatt“, wird die noch bestehende Landesregierung in Salzburg aufgelöst, und die Provinz Salzburg wie in früheren Zeiten der Stadthalterei von Oberösterreich untergeordnet werden. Diese Nachricht ist nach der „G. C.“ völlig ungetrunken.

Nach dem amtlich festgestellten Ergebnis der im December 1864 vorgenommenen Volkszählung ist die Zahl der Bevölkerung Wiens auf 552,021 Seelen gestiegen.

Der Magnetiseur „Professor“ Meriggoli, bekannt

abzuwarten, und alsdann mit Begnadigungen aufzutreten wäre. Die mexicanische Anleihe geht gut von statthaften. Suarez hat vor den französischen Colonnen Chihuahua geräumt. Die „France“ bleibt dagegen bei ihrer Behauptung, daß Kaiser Napoleon am 25. d. die Reise nach Algier antreten werde und versichert, daß während der Abwesenheit des Kaisers, die 40 Tage dauern soll, die Kaiserin als Regentin die Staatsgeschäfte leiten wird. Es scheint jedoch, daß über die Reise des Kaisers wirklich noch nichts festgestellt ist, da die „Patrie“ ganz entgegengesetzte Nachrichten bringt. Diesem Blatte zufolge würde der Kaiser, nachdem er in Marseille die Flotte besichtigt hatte, nur auf einige Tage nach Algier gehen, um sich mit dem Marschall-General-Gouverneur über verschiedene zu ergreifende Maßregeln zu verständigen. Der Zeitpunkt der Abreise ist, der „Patrie“ zufolge, noch gar nicht definitiv bestimmt.

In Bezug auf den am 13. d. in Paris unterzeichneten internationalen Telegraphenvertrag steht man der „A. B.“ folgende nähere Daten mit: Von allen contrahierenden Staaten wurde für den Dienst provisorisch das System Morse angenommen. Das Geheimniß der Privatdepeschen ist garantirt. Die Depeschen sind unter 3 Rubriken klassifizirt: Staatsdepeschen, Dienstdepeschen und Privatdepeschen. Die Taxe ist gleichförmig. Doch steht jedem Staate frei, sein Gebiet in zwei große Unterabteilungen einzuteilen, wobei ihnen in Betreff ihrer außereuropäischen Besitzungen volle Freiheit des Handels bleibt. Wie bereits bekannt, wurde der Frank als Einheitsmünze für sämtliche Staaten angenommen. Die Taxen sind von Staat zu Staat in Übereinstimmung der an der äußersten Gränze liegenden Staaten sowohl als der Zwischenstaaten festgestellt; die Regulirung der gegenseitigen Abrechnung erfolgt monatlich. Der Vertrag tritt am 1. Jänner 1866 in Kraft. In Österreich beträgt die Terminaltaxe sowohl als die Transit-Taxe 3 Frs.

Spanien.

Die Bewegung in Spanien ist noch keineswegs beendet. Der Telegraph de Barcelona meldet von neuen lärmenden Zusammenrottungen. Es circuliren Partouillen in der Stadt. In Madrid haben die Redacteure von zwanzig liberalen Zeitungen einen energischen Protest gegen das Verhalten der Regierungsorgane bei den blutigen Ereignisse vom 10. d. veröffentlicht.

Belgien.

Nach Berichten der „A. B.“ aus Brüssel wird unmittelbar nach dem Zusammentritt der Kammer am 25. April eine Interpellation an die Regierung über das Duell zwischen dem Kriegsminister Chazal und dem Antwerpener Abgeordneten Delaet und die dadurch angeregte Rechtsfrage erfolgen. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß man die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Delaet und seiner beiden Secundanten bei der Kammer einholen und daß die Kammer diese Ermächtigung ertheilen werde; was aber die Belangung des Herrn Chazal angeht, so ist die Sache schwieriger, indem das zuständige Gericht noch zu ermitteln bleibt. Nach Art. 90 der Verfassung nämlich soll das Gesetz die Jurisdiction bestimmen, vor welche die Minister für etwaige außerordentliche Vergehen gehören, und dieses Gesetz ist seit 1831 noch nicht geschrieben worden. Die gerichtliche Procedur gegen ein Mitglied der Regierung ist also noch festzustellen. Der König, mit welchem Herr Desch wegen der Duell-Geschichte sich bereits ins Vernehmen gesetzt haben soll, wird am Mittwoch oder Donnerstag aus Windsor zurückkehren.

Aus Erspartnährücksichten wird der belgische Hof seiner Verwandtschaft mit dem Kaiser Maximilian bis auf Weiteres keinen diplomatischen Repräsentanten in Mexico accreditiren. Mexico wird demzufolge auch nur einen Charge d'affaires in Brüssel unterhalten; mit dieser Function ist Marquis Corio, mexicanischer Legationsrath in Rom, beauftragt worden.

Königreich der Niederlande.

Man schreibt aus Haag: Nach den testamentarischen Bestimmungen der Königin-Witwe sollen die Werthpapiere u. s. w. zwischen der Prinzessin Sophie, ehemaligen Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach, dem Prinzen Heinrich der Niederlande und dem König in gleiche Theile getheilt werden. Die betreffenden Werthe betragen eine Million Silberrubel. Andererseits erhält der König nur das wenig werthvolle Militär-Krankenhaus nebst einem kleinen Grundstück, während das schöne Schloß Soestdyk dem Prinzen Heinrich, und der Winteraufenthalt Borgvlied en Buitentrust der Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach anheimfallen wird. Außer den in diesen Gebäuden enthaltenen werthvollen Kunstsammlungen erhalten diese beiden Erben die Preise. Von diesen letzteren ist eine prachtvolle Perlenschnur ausgeschlossen, welche nach Russland zurückkehrt. Man hat aus dieser ungleichmäßigen Vertheilung gewisse für die Verbliebene nachtheilige Folgerungen ziehen wollen, welchen aber durch die im Testamente enthaltenen Erörterungen völlig widergesprochen wird. Die hohe Frau war der Ansicht: eine gleichmäßige Vertheilung ihrer Güter könne keine wesentliche Aenderung in die materiellen Verhältnisse der beiden Erben bringen, die am wenigsten von dem Glücke begünstigt sind. Es schien ihr daher angemessener, den Theil des Königs, welcher über eine Civiliste von einer Million verfügt, zu Gunsten der beiden Geschwister zu schmälen, wobei sie aber die gesetzlichen Bestimmungen aus dem Auge verlor. Dennoch hat der König den Entschluß gefasst, den Testamentsverfügungen pünktlich nachzukommen und selbst in dieser Hinsicht, zur Erinnerung an die verstorbene, die ihr gebührende Ehre zu widmen.

Großbritannien.

Der Prozeß gegen Pelizzoni in London ist

am 15. d. Abends nach dreitägigen Verhandlungen zu Ende gegangen. Nach einer Beratung von ungefähr 10 Minuten lehrten die Geschworenen in den gedrängt vollen Gerichtssaal zurück, und kaum hatte der Obmann mit fester Stimme das Nichtschuldig ausgesprochen, als die Zuschauer auf den Galerien einen Schrei des Enthusiasmus austieben und Hände und Tücher schwenkten. Einige Minuten lang bemühten sich die Gerichtsdienster vergebens, den tumult zu stillen. Auch der vorstehende Richter vermochte sich kaum Gehör zu verschaffen. Der Marquis d'Azeglio, der zugegen war, teilte die allgemeine Freude, drückte sie aber natürlich gemessen aus. Als die Beifallskrise drinnen endlich verholt waren, antwortete ihm ein noch lauterer Echo aus dem Hofe und von der Straße. — Es wurde darauf eine neue Anklage gegen Pelizzoni wegen angeblicher böswilliger Verwundung eines gewissen Charles Banister verlesen; allein, da der Advocat für die Krone es abgelehnt hatte, Beweise für diese Anklage vorzulegen, sprach die Jury abermals ein Nichtschuldig aus, worauf die Beifallsbezeugungen sich wiederholten. Während dieser Scene verneigte sich der Angeklagte mehrmals mit lebhaftem Ausdruck der Dankbarkeit vor den Geschworenen, bis er entfernt und ins Gefängniß zurückgeführt wurde. Er befindet sich auch heute noch in Newgate, da das früher über ihn gefallene Todesurteil so lange zu Recht besteht, bis er einen "freien Pardon" von der Königin erhalten hat — ein Act, der nun nicht lange mehr ausbleiben kann. Mr. Negretti, dem das Verhältnis gebührt, einen Suizidmord verhindert zu haben, erhielt, als er das Gebäude verließ, eine Art Ovation von seinen Landsleuten und dem Publicum. "Daily News", "Star" und "Telegraph" äußern sich in sehr strengem Artikel über das von der Polizei in Sachen Pelizzonis beobachtete Verfahren. Am 17. Abends ist von dem Minister des Innern endlich der Befehl eingetroffen, Pelizzoni der Haft zu entlassen. Für das Verbrechen, welches er nicht verübt hat, ist ihm im Namen Ihrer Majestät ein "freier Pardon" gewährt worden; denn vormöglich eine legalen Fiction bleibt das Verdict der Geschworenen zu Recht bestehen.

Dänemark.

Aus Kopenhagen, 17. d., wird gemeldet: Die Schrauben-Fregatte "Niels Juul", geführt von dem Commandeur Suenson, Chef des dänischen Geschwaders bei Helgoland, wird in diesen Tagen für eine Fahrt nach dem Mittelständischen Meere und später nach China ausgerüstet. — Das Amt Veile beansprucht aus der Staatscasse einen Kriegsschaden-Ersatz im Betrage von $\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. Km.

Als eine Curiosität ist zu erwähnen, daß der Exminster Monrad seine politische Muße mit einer metrischen Überzeugung des Propheten Esaia ausgefüllt hat. Die Arbeit wird als eine gelungene angesehen, und es wäre nur zu wünschen, daß der Bischof sämtliche zwölf Propheten übersetzt hätte, anstatt sich in zwölf Jahren mit der hohen Politik zu beschäftigen.

Schweden.

Nach Berichten aus Stockholm, 13. April, ist Prinzessin Louise, die einzige Tochter des Königs-Paares, erkrankt. Die officielle "Post-Tidning" schreibt darüber: "Ihre kön. Hoheit, die Prinzessin Louise, welche sich in dem letzten Jahre schnell entwickelte, wurde zu Beginn des verflossenen März-Monats von einem mildernden Fieber befallen, in Folge dessen Ihre kön. Hoheit sich keiner guten Gesundheit erfreute, sondern an Ermattung und häufig unterbrochener Lust mit bleicher Gesichtsfarbe gelitten hat. Seit Sonntag, den 9. d. wird Ihre kön. Hoheit an das Bett gefesselt, jedoch ist kein Fieber eingetreten, wo hingegen eine starke Blässe in Verbindung mit häufig wiederkehrendem Nasenbluten vorherrschen soll. Ein Bulletin wird nicht erscheinen, sofern nicht eine unruhige Verschämmerung des Gesundheitszustandes eintreten sollte."

Italien.

Aus Rom, 16. April, wird berichtet: Der Papst hat hente im Vatican im päpstlichen Ornate den Gottesdienst gehalten und urbi et orbi feierlich den Segen ertheilt. Die französischen und die päpstlichen Truppen wohnten der Ceremonie bei.

Das römische Municipium (Senator Mattei nebst neun Räthen) hat seine Entlassung gegeben, da mehrere zwischen ihm und der Regierung entstandene Differenzen nicht behoben werden konnten.

In Florenz, schreibt man der "N. P. Z.", herrscht eine unwillige Gähnung über den (durch die Verlegung der Residenz eingetretenen) Mangel an Wohnungen, und der Gemeinderath ist ganz ernstlich besorgt; er verhandelt mit den Klöstern, um in deren Gebäuden die Massen unterzubringen, die bereits obdachlos sind und namentlich die, welche am 1. Mai obdachlos werden; denn am 1. Mai ist hier die eigentliche Biehzeit. Was am 15. Mai, an welchem Tag die Turiner Behörden mit allen ihren Beamten hierher übersiedeln, werden soll, das weiß kein Mensch; denn nur das Finanz-Ministerium hat bis jetzt für seine Beamten gesorgt. Dazu kommen nun noch die Fremden, welche die Säcularfeier Dante's hierherlockt; jetzt schon wird für ein einzelnes Zimmer, schlicht möbliert, 20 Frs. täglicher Miethe verlangt.

Ausland.

Der Administrationsrat des Königreichs Polen verfügt, daß die Dörfer: Stanajcio, Prepolany, Laukajmie, Sultele und Slibiny; ferner die Vorwerke: Sokolupiany und Stulgele vom Mariampoler Bezirk getrennt und dem Kalwaria' er Bezirk, Augustower Gouvernement einverlebt werden.

Die Generalmajore: der Warschauer Civil-Gouverneur Roznow und Graf Oppermann wurden zu General-Lieutenants ernannt: letzterer mit der Bestimmung als Senator der Warschauer Departements.

In einem Lagesbefehl an die Warschauer Polizei ist zu lesen, daß in Folge strafgerichtlicher Verhandlung durch das Kriegsgericht die Soldaten der Feuerwehr Martin Graczyk und Franz Palichnowski überwiesen wurden: am 15. April 1863 desertiert zu sein, einige Averagegenstände mitgenommen zu haben; außerdem sind sie der

Theilnahme am Aufstand verdächtigt. Sie wurden zu den Strafcompagnien in der Festung Bobruisk auf 5 Jahre verurtheilt.

Wie die "Gaz. nar." berichtet, wurden die neun inhaftirten Polen in den Strafcompagnien zu Orla, die bei ihrer Flucht einen wachstehenden Soldaten getötet hatten, von der Bevölkerung aufgefangen und nach Orla abgestellt. Von denselben wurden auf Befehl des commandirenden Charkower Kriegschiefs am 14. März Franz Cziborski, Alexander Kamiński, Andreas Ostrowski und Bartholomäus Kasparski erschossen. Die andern fünf wurden wegen der beabsichtigten Entweibung verurtheilt: Johann Pawłowski, Julian Fischer, Thomas Wysocki und Josef Borowski zum Verlust aller Standesrechte und zur Transportierung in die sibirischen Bergwerke auf 20 Jahre; Kasimir Gutwiński zu 15 Jahren in den Bergwerken.

Amerika.

Aus Newyork, 31. März, wird der "N. P. Z." geschrieben: Die zu zwei Dritteln der republikanischen Partei angehörige Legislatur Wisconsin hat unsern Vice-Präsidenten A. Johnson aufgesondert, zu resignieren, da er, durch seine schamlose Trunkenheit während der Inaugurationsfeierlichkeiten sich der ihm übertragenen Ehre unwürdig gemacht und die Regierung in den Augen aller christlichen Nationen entehrt habe.

Vie der N. A. Z. aus Washington geschrieben wird, hieß es daselbst, die flüchtigen Conföderierten hätten die Absicht, den Mississippi und Texas zu erreichen und von dort ihr Glück in Mexico zu versuchen. Juarez habe unter der Hand ein Circular vom 18. v. M. verbreiten lassen, in welchem er allen Ansiedlern und Fremden aus den Vereinigten Staaten, welche in den Militärdienst der mexicanischen Republik treten wollen, sehr vortheilhafte Bedingungen in Gold und Land zugestellt. Als Geldprämien seien den Soldaten bis zum Unterofficier 1000 Pfaster, den Officieren bis zum Capitän 1500, und den Stabsoffizieren 2000 Dollars zugesagt. Es ist kaum zu bezweifeln, daß Theile der zerstreut gebliebenen secessionistischen Armee dem mericanischen Kaiserreich Unbequemlichkeiten bereiten dürften.

Über die Revolution in Peru berichtet man der "Hamb. Bör.-Halle" aus Lima vom 13. März: Nachdem es der Regierung gelungen war, eine Militär-Revolte, die in der Nähe Lima zum Ausbruch gekommen, zu unterdrücken und nachdem von den verschiedenen Präfecten des Südens die beruhigendsten Nachrichten eingelaufen waren, durfte man sich der Hoffnung hingeben, daß die Bevölkerung sich in die bittere Nothwendigkeit eines übeln Friedens mit Spanien fügen werde. Plötzlich bringt uns aber der Dampfer vom Süden die Nachricht, daß derselbe Präfect von Arequipa, der noch mit dem vorhergehenden Dampfer an die Regierung geschrieben hatte, er wolle für die Ruhe in seinem Departement aufkommen, sich nun gegen die Regierung aufzulehnen und sich einstweilen zum Landespräsidenten gemacht habe. Coronel Prado ist der Name dieses Ehrenmannes. Zu gleicher Zeit hat sich Islay, Arica-Laena-Moquequa und wie man allerdings noch nicht ganz bestimmt weiß, auch Puno und Cuzco gegen die Regierung erklärt, so daß sich jetzt der ganze Süden, mit Ausnahme der Salpeter-Provinz Tarapaca, aufgelehnt hat. Zur selben Zeit hat sich der Comandante Montero, Befehlshaber des Kriegsschiffes "Leyzundi", der Revolution angeschlossen und einen anderen Kriegsdampfer, den "Lumbes" weggenommen. Nächstens wird es auch wohl im Norden des Landes losgehen, und da die hiesige Regierung durchaus keinen Aufhang in Lima hat, so ist es gar nicht so unmöglich, daß eines schönen Morgens der jetztige constitutionelle Präfident Pezet mit seinem ganzen Ministerium verschwunden ist, um einer anderen Clique Platz zu machen, welche dann das Geschäft in derselben Art fortsetzt wie die Vorgänger. Nach den Berichten Englischer Blätter war auch zu Bella Vista bei Callao ein Rebellenversuch gemacht, aber mit bedeutendem Blutvergießen unterdrückt worden. Am Abend des 5. März war Admiral Maratequi, der Oberbefehlshaber der peruanischen Flotte, mit drei Fregatten abgesegelt, um Islay und Arica zurück zu erobern und die Rebellion daselbst zu unterdrücken. In Lima herrsche die größte Aufruhr; fast alle Civil- und Militär-Beamten waren entlassen worden.)

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 22. April.

In den dem Schutzpatron vor Feuergefahr geweihten St. Florianskirche auf dem Kleparz ist morgen am ersten Sonnabend zum Andenken an den großen Brand von 1306. Zugleich beginnt morgen am Tage St. Adalberts, den die alterthümliche kleine nach diesem Heiligen benannte Kirche auf dem Ringplatz durch solenne Gottesdienst begeht, auf demselben der zweitwöchentliche Frühlings-Jahrmarkt, dessen herbstlicher Pendant zu Michaelis eintrifft. Die auswärtigen Firmen haben auch diesmal wieder von Prag ic. auswärtsungen den hiesigen Druckereien zugeschickt, die die Ankunft ihrer Waaren bei Zeiten anmelden.

* Das Provincial-Handbuch pro 1865 ist bereits erschienen und in den Buchhandlungen vorrätig. Preis 1 fl. 30 fr.

* Zu dem übermorgen Montag beginnenden Gaspiel der gesetzten Schauspielerin Fr. v. Bulgovszky, deren neueste Erfolge ein Carmen in L. Sclar's Wiener "Theaterzg." bestingt, nimmt die Direction schon von heute an Vormerkungen auf Losen ic. entgegen. Mit diesem Gaspiel schließt die Vorstellung im Stadttheater. Nach der Rückkehr der Gesellschaft von Larnon soll das Sommertheater im Tenezyner Garten wieder eröffnet werden.

* Im Tenezyner Garten, den 9. Vermehrte heute eröffnet, werden die angekündigten Militär-concerte (Mittwoch und Sonntag) unter persönlicher Leitung des f. f. Kapellmeisters vom Regiment "König von Hannover" H. J. Wiedemann vom 1. Mai ab beginnen.

* Im Circus Blechnow finden morgen wieder zwei Vorstellungen um 4 und um 7 Uhr statt. Die letzte beschließt der Feuer-

mechanisch Beifall gebracht. Die preußische Regierung hat sich dem österreichischen Ge-

Verbindungen angeknüpft und mit seinen neuen Heizapparaten dorthin zu gehen beabsichtigt, kehrt vorerst nach Krzeszowice zurück, wo, wie wir von mehreren Seiten hören, sein Aufenthalt besonders von Landleuten in Krankheitfällen gefügt und besucht ist und an Büchlein den Heilgeist mehrfach bewährt haben soll. Wie früher über den "wiatropie", bringt der "Gaz" auch jetzt über die "parzelnia" (Luftrad) in den Insassen ein lobendes Zeugnis von Patienten, die durch dasselbe geheilt worden.

a. Will. "Dien. Warsz." fährt fort, aus dem "Dniusko" des

Grafen Karolyi gegenüber bereit erklärt, die Stände in den Elbe-Herzogthümern einzuberufen, so bald nur die Vorlage zwischen den Metropolitern vereinbart sein würde. Heute ist nach Kiel an die Marine der Befehl ergangen, sämtliche preußische Schiffe bereit zu halten, binnen drei Tagen den Hafen zu verlassen; das Kriegsschiff Augusta ist gleichzeitig nach Danzig zurückkommandirt, sobald es von der Feier zu Alsen zurückkehrt.

(Ein Wiener Telegramm der "Boh." vom 20. meldet ebenfalls: Österreichs Reclamationen wurden in Berlin principiell als berechtigt anerkannt. Es wird noch darüber verhandelt, in wie fern unter Wahrung des Rechtsprincipes und ohne Präjudiz für das Definitivum einzelne, eventuell vorbereitende Schritte Preußens stathalt seien.)

Köln. 21. April. (Pr.) Der Papst hat dem hiesigen Domkapitel das Recht der Erzbischöfswahl wieder verliehen; diesfalls wurde für den 26. d. M. eine Kapitel-Versammlung anberaumt. Die Arbeiten zum Königdenkmal auf dem Neumarkt haben begonnen und müssen bei Conventional-Strafe bis 6. Mai beendet sein.

Kiel. 21. April. Die "Kieler Z." publicirt eine Schrift der Landesregierung, welche die an den Kieler Magistrat erlassene, die Vorbereitungen für die preußische Flotte betreffende Verfügung vom 8. d. zurückzieht, denn der österreich. Commissarius Baron Halbhuber erklärte, daß er von der Verfügung des preußischen Commissärs Baron Leditz erst aus den Zeiungen Nachricht erhalten, die Beschlüsse der Civil-Commission jedoch nach gemeinschaftlichem Einverständnis auszugeben seien.

Paris. 21. April. Der Czar passirte heute früh Paris, hatte ein Entree mit dem Kaiser Napoleon und setzte dann seine Reise nach Nizza fort.

Toulon. 18. April. Das Geschwader segt seine Vorbereitung für die Abfahrt thätig fort. Der Contre-admiral Saisset hat das Commando der zweiten Division übernommen.

Nizza. 20. April. Nachmittags. Das Bestinden des russischen Thronfolgers hat sich verschlimmert. Großfürst Alexander und die Herzogin von Leuchtenberg sind angekommen, der Kaiser wird am Sonnabend erwartet. Die Kaiserin weilt beständig am Bette ihres Sohnes.

Nizza. 21. April. Der Krankheitszustand des Großfürsten-Thronfolgers von Russland war gestern Abends beunruhigend. Die Nacht ging ruhig vorüber, da der hohe Patient geschlafen.

Turin. 18. April. Die Commission des Senats hat sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen. Sie hat die Zahl der Fälle, für welche bisher im Strafgesetzbuch die Todesstrafe festgesetzt war, auf neun vermindert.

Petersburg, 20. April. Aus Nizza wird vom heutigen Tage, Vormittags, gemeldet: Der Großfürst-Thronfolger verbrachte die Nacht schlaflos. Am Morgen trat Delirium ein; die Gehirnentzündung nahm zu, Pulsschlag und Körpertemperatur nahmen ab.

Staatsrat Pirogov und Hofrath Oppolzer werden erwartet.

Triest, 20. April. (Levantepost.) Constantiopol, 15. April. Ein Transport tscherkessischer Slaven, nach Alexandrien bestimmt, wurde von der hiesigen Behörde sequestriert und 13 Slavenhändler verhaftet. Athen, 15. April. Der König reist am 19. ab. Admiral Kriegis, gewesener Obersthofmarschall König Otto's, ist gestorben.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. A. Bozec.

[Ginge sandt.]

Nachweis

der Einnahmen der Warschau-Wiener und Warschau-Bromberger Eisenbahn pro Monat März 1865.

Warschau-Wiener Eisenbahn.

Quantität	speciell	summarisch
I. Personenverkehr:	S.M. R.	S.M. R.
Personenbeförderung	34975	36187 11
Militärbeförderung	1093	—
Gepäck-Uberbrach. Pfd.	574868	1497 964
Trägerlohn	465	65
Gouvenagen-Transport, St.	18	153 78
Transport der Hunde, St.	41	34 15
		39431 654

II. Güterverkehr:		
Waaren-Transport, Pud	2598408	106289 17
Ladungsgesübren	56	40
Bieg-Transport, St.	1430	1859 37
Extra ordinaria	108	77
		108313 71

III. Div. Einnahmen:		
Telegraphische Depeschen	4032 332	
Buffet-Mietzins, Lagerpläze &c.	1 80	
Wagenponale		4034 134

Insgeamt	151779 50
Im Monat März 1864 betrug die Einnahme	124792 151

Mithin im Monat März 1865 mehr

Warschau-Bromberger Eisenbahn.	Quantität	speciell	summarisch
I. Personenverkehr:	S.M. R.	S.M. R.	
Personenbeförderung	11124	8091 36	
Militärbeförderung	291	78	
Gepäck-Uberbrach. Pfd.	248474	339 84	
Trägerlohn	107	65	
Gouvenagen-Transport, St.	9	51 72	
Transport der Hunde, St.	17	4 69	8886 64

II. Güterverkehr:		
Waaren-Transport, Pud	553880	19383 79
Ladungsgesübren	24	86
Bieg-Transport, St.	468	376 04
Extra ordinaria	31	73
		19816 42

Amtsblatt.

3. 7283. **Kundmachung.** (384. 1-3)

Das Krakauer k. k. Landes- als Preßgericht hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apostl. Majestät verliehenen Amts- gewalt über Antrag der k. k. Staats-Anwaltschaft im Sinne des § 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 7 R. G. B. zu Recht erkannt:

Der Inhalt der Druckschrift: „Odpust zupełny Ojca S. Piusa IX. i rozpamiętanie cierniowego męczeństwa, jakiego od Moskwy doznaje wierna katolicka Polska — spisał H. War.... O. M. — Kraków. Nakładem Franciszka Grzybowskiego. Wyłoczono u Ź. J. Wywiąłowskiego 1864“ begründe im Sinne des § 66 St. G. im Zusammenhange mit der Zuf. Min. Verordnung vom 19. October 1860 Z. 233 R. G. B. den Thatbestand des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und gemäß § 305 St. G. das Vergehen der Gutheizung von ungesetzlichen Handlungen und es werde nach § 36 des Preßgesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 6 R. G. B. ihre weitere Verbreitung verboten.

Dargun, m. p.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Krakau, am 20. April 1865.

Skwirczyński, m. p.

Kundmachung. (387. 1)

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Preßgericht in Benedig hat zu Recht erkannt, daß der Inhalt der Nummer 10 und 12 aus dem Jahre 1865 der in Turin in der Druckerei der „Gazetta del popolo“ erscheinenden Wochenschrift: „Plinio Arcas-L'Alestoroscio“ das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 a. St. G. und die Nummer 11 aus dem Jahre 1865 derselben Wochenschrift das Verbrechen der Religionsstörung nach § 122 b. St. G. begründe und hemmt das Verbot der weiteren Verbreitung dieser drei Nummern sowie der ganzen Zeitschrift ausgesprochen.

Benedig, am 29. März 1865.

N. 1122. **Kundmachung.** (382. 2-3)

Am 29. April 1865 um 10 Uhr Vormittags wird im Amtssloale der k. k. Grund-Entlastungs-Fonds-Direction, St. Stefans-Gasse Nr. 238, im 1. Stock die vierzehnte Verlosung der Schuldverschreibungen des Großherzogthums Krakau und des westlichen Verwaltungsgebietes Galiziens öffentlich vorgenommen werden.

Bon der k. k. Grund-Entlastungs-Fonds-Direction.

Krakau, 18. April 1865.

L. 5403. **Edykt.** (377. 3)

C. k. Sąd krajowy krakowski zawiadamia nimiejszym edykiem z miejsca pobytu niewiadoma Rachle Goldmann, iż pod dniem 8 września 1864 do l. 17269 Jakób i Hendla Gleitzmannowie podanie o zaintabulowanie Rachli czyli Reli z Goldmannów Damaszkowej i Goły Małki z Goldmannów Friedmannowej, następnie Sary Kragen, wreszcie o zaintabulowanie siebie za właścicieli realności nr. 80 gm. X lit. C, na Kazimierzu położonej, dotąd Izaaka Goldmanna własnej, wniesli.

W załatwieniu tego podania intabulacja rezolucja z dnia 20 września 1864 l. 17269 dozwolona została.

Gdy miejsce pobytu p. Rachli Goldmann świadomie nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy, w celu doreczenia jej tej rezolucji, kuratorom nieobecnej p. adw. Dra. Zukra ustanowił, który ja według przepisów ma zastępować.

Kraków, 3 kwietnia 1865.

L. 350. **Ogłoszenie.** (378. 3)

Ze strony c. k. Urzędu jako Sądu powiatowego w Przeworsku podaje się do publicznej wiadomości, że w skutek rekwizycji c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu w Sieniawie z dnia 6 grudnia 1864 do l. 3134 celem zaspokojenia wywalczoną przez Awigdora Landesmanis kwoty 39 zł. 48 kr. a. w. z r. odsetkami zwolki 4% od dnia 4 stycznia 1856 liczyć się mającymi, tudzież kosztami sądowemi i egzekucyjnymi 3 zł. 15 kr. w. a. 1 zł. 45 kr. a. w., 3 zł. 42 kr. a. w., 1 zł. 81 kr. a. w., 1 zł. 62 kr. a. w., 2 zł. 96 kr. a. w. i 2 zł. 92 kr. a. w. odbędzie się publiczna przymusowa sprzedaż realności rustykalnej pod nr. 4 sub 68 w Trynczy, obwodu Rzeszowskiego położonej, ciąża tabularnego nieposiadającej, składającej się z domu mieszkalnego, stodoły i 7 morgów gruntu w dwóch terminach, a to na dniu 9 maja 1865 zrana i na dniu 23 maja 1865 zrana, każdą razą na miejscu w Trynczy pod następującymi warunkami:

- Jako cena wywoławcza ustanowiona jest cena szacunkowa całej realności w kwocie 383 zł. a. wal.
- Realność pomieniona przy pierwszym terminie tylko wyżej, lub za cenę szacunkową, przy drugim zaś terminie i niżej ceny szacunkowej najwięcej dającemu za gotowe pieniądze sprzedaną zostanie.
- Każden licytujący obowiązanym będzie przed rozpoczęciem licytacji 38 zł. a. w. tytułem wady do rąk komisy złożyć.
- Realność ta jako rustykalna o tyle w całości licytowaną i sprzedaną zostanie, o ileby się częściowe licytowanie i sprzedaż politycznym przepisom co do niepodzielności gruntów rustykalnych sprzeciwiały.

5. Kupujący musi być uprawniony do nabycia gruntów rustykalnych.

Akt szacunkowy i dotyczące dokumenta wolno jest kiedykolwiek w tutejszo-sądowej registraturze przejrzeć lub w odpisie podnieść.

Przeworsk, dnia 23 lutego 1865.

N. 234. **Ogłoszenie konkursu** (265. 3)
celem obsadzenia dwóch z końcem roku szkolnego 1864/65 opróżnić się mających galicyjskich miejsc funduszowych w c. k. Akademii Marii Teresy w Wiedniu.

Odnoszenie do obwieszczenia z dnia 8 marca 1865 l. 145 Wydział krajowy w skutek reskryptu c. k. Ministerstwa stanu z dnia 21 marca 1865 l. 1326 ogłasza niniejszym konkurs celem obsadzenia dwóch z końcem roku szkolnego 1864/65 opróżnić się mających galicyjskich miejsc funduszowych w c. k. Akademii Marii Teresy w Wiedniu.

Kto więc życzy sobie umieszczenia w tej akademii syna lub swej opiece poruczonego młodzieńca, winien wnieść podanie do galicyjskiego Wydziału krajowego najdalej do 31 maja 1865 z dodaniem deklaracji, że młodzieńcowi temu, gdy do pomienionej akademii przyjętym będzie, pierwsze oporządzenie sprawić i na uboczne wydatki roczne po 157 zł. 50 kr. w. a. do kas akademickiej płacić obowiązuje się.

Do prośby należy dołączyć:

- metrykę chrztu młodzieńca należycie legalizowaną, okazującą, że tenże 8 rok życia skończył a 14 nie przeszedł;
- świadczenie szkolne w dowód, że według teźnieszego urządzenia szkół przynajmniej 3 normalną klasę z dobrym ukończeniem postępuem, a jeżeli prywatnie oddaje się naukom, także świadectwo obyczajów przez miejscowościę plebana wydane;
- świadczenie zdrowia i odbytej naturalnej lub szczepionej ospy; natomiast
- zaświadczenie o stanie majątku przez miejscowościę plebana wydane a przez c. k. Urząd obwodowy stwierdzonemu, w którym ma być wyrażono, ile aspirant ma rodzeństwa, jakotéz i ta okoliczność, iż proszący do ich przywojego wychowania potrzebuje pomocy.

Spis rzeczy, jakie wstępnie do akademii ze sobą przynieść winien, można przejrzeć w archiwum Wydziału krajowego.

Wreszcie zwraca się uwagę kompetentów na ogłoszenie ces. kr. Ministerstwa stanu z dnia 16 czerwca 1864, wedle którego podania wnoszone do c. k. Ministerstwa stanu w drodze inniej, aniżeli konkursem wskazanym, również jak prośby bez wyrażenia pewnego opróżnionego miejsca, zostaną zwrocone bez żadnego skutku.

Z Rady Wydziału krajowego Królestwa Galicyi i Lodomeryi i W. Ks. Krakowskiego
Lwów, dnia 4 kwietnia 1865.

N. 983. **Kundmachung.** (385. 1-3)

Bom k. k. Bezirksamtce als Untersuchungsgerichte zu Jasło wird hemit fundgemacht, daß nach Mitternacht Samstag den 4. Juni 1864 aus dem Expeditionszimmer des hiesigen Postamtes nachstehende Sachen gestohlen worden sind:

- amtliche und priv. nicht recommandirte Correspondenzen.
- 2 Nachthemden für eine Frauensperson mit den Zeichen H. N. von Haussleinwand.
- 2 derlei Taghemden für dto. mit Zeichen H. N. am Halse herumgestickt, polnisch: dziergane.
- 3 Mädchengerüste für dto. alle weiß, Eins aus Pika mit frattenartigen Streifen, das zweite aus Perkal, beide neu, das dritte aus Pika schon abgetragen.
- 2 Paar Mädelhosen aus Pika und Perkal ohne Zeichen.
- 2 Leintücher, alt, das eine mit einem rothen Zeichen in der Mitte H. das zweite mit schwarzen Zeichen P. N.
- 2 Polsterüberzüge von Perkal, eins größer das andere kleiner.
- Ein Handtuch mit den Zeichen H. N. Hausrarbeit.
- Eine Mädeljacke aus Pika, umgesäumet mit blauem Perkal.
- Eine zweite Mädeljacke, kaftanik weiß.
- Vier Paar weiße Strümpfe, Hausrarbeit mit dem Zeichen H.
- Ein Musselinhemd mit schwarzen Bändern umgesäumt mit einem Krägen und Hermeln schwarz umgesäumt.
- Zwei Krägen mit Halbhemden pölkoszulki, der

(335. 3-5)

Ein solcher Kaffee, welcher bei mir jeden zweiten Tag gebrannt wird, ist ein wirkliches Ersparnis in jeder Haushaltung.

(146. 10)

Meteorologische Beobachtungen.

Barom.-Höhe auf in Paris. Linie G° Raum. red.	Temperatur nach Raumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages: von 1 bis
21 2 334° 34	+ 9.4	73	Nord-Ost mittel	heiter		+ 2°0 + 9°8
10 34 85	4.2	78	" schwach	"		
23 6 34 97	+ 1.0	85	" still			

Druck und Verlag des Carl Budweiser.

eine gestickt und alt, der andere neu mit schwarzer Seide umgesäumt.

- Zwei perkalne Hermeln mit Spangen umgesäumt.
- Ein kleiner Krägen schwarz gestickt.
- Ein Brief, in welchem 1 fl. 70 kr. von der Frau an die Tochter Henriette sich befand.
- Ein Leinwandstück, in welchem ein roher Kalbschlägel.
- Brot und Bäckerei.

Von den gestohlenen amtlichen und privaten Correspondenzen wurden einige vorgefunden und durch das k. k. Postamt den betreffenden Adressaten übergeben.

R. k. Untersuchungs-Gericht.

Jasło, den 28. März 1865.

Nr. 3172. **Edict.** (386. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamtce als Gerichte zu Kenty wird fundgemacht, daß im Grunde Ansuchs des k. k. Bezirksamtes als Gerichtes Biala vom 28. November 1861 Z. 5886 über neuerliches Einschreiten des Executionsführers

Carl Hämpel de prae. 27. November 1864 Z. 3172 in weiteren Executionszuge des rechtskräftigen Erkenntnisses vom 7. November 1859 Z. 6355 zur Befriedigung der an Julius Steiner, beziehungsweise dessen Concursmassa schuldigen und mittels Einantwortungsdecretes vom 10. April 1861 Z. 1663 an den Executionsführer Carl Hämpel als Rechtsnehmer der obigen Concursmassa abgetretenen Forderung von 2000 fl. C. M., d. i. 2100 fl. ö. W. füllt 5% Interessen, hiervon seit 1. October 1864 den früher zugesprochenen Gerichts- und Executionsosten pr. 10 fl. 5 fl. 4 fl. 22 fl. 41 kr. ö. W. und der gegenwärtigen auf 12 fl. 96 kr. ö. W. festgesetzten Executionsosten die bewilligte executive Teilsetzung der sub NC.

100 in Kozy liegenden, dem Schuldr. Benjamin Bergmann gehörigen Haus- und Grundrealität hemt in zwei

Terminen ausgeschrieben und zur Vorname derselben werden die Tagfahrten auf den 16. Juni 1865 und 14. Juli 1865, jedesmal um 9 Uhr Vormittags an Ort und Stelle zu Kozy bestimmt.

Zum Ausruhprije wird der gerichtlich erhobene Schätz-

ungswert der zu veräußernden Haus- und Grundrealität

pr. 4543 fl. 20 kr. ö. W. angenommen, unter welchem

jene Realität beim 1. und 2. Termine nicht hintangeben wird.

Jeder Licitant hat ein 10% Badium zu Händen der

Licitations-Commission zu erlegen. Die übrigen

Licitationsbedingungen, dann der Schätzungsact und Grund-

buchsextract können in der h. g. Registratur, oder bei der

Licitationsverhandlung selbst eingesehen werden.

Kenty, 30. Dezember 1864.

Wiener Börse-Bericht

vom 20. April.

Öffentliche Schuldt.

A. Des Staates.

Geld Waare

In Östr. W. zu 5% für 100 fl.

67.70 67.80

Aus dem National-Anteilen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli

76.35 76.45

vom April — October

76.35 76.45

Metalliques zu 5% für 100 fl.

64.25 64.50

dito " 4 1/2% für 100 fl.

161.50 161.75

1860 für 100 fl.

88.50 88.75

1860 für 100 fl.

97.30 97.60

Prämiencheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. zu 50 fl.

89.30 89.40

Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.

17.75 1